

# Antrag der AfD-/Bündnis-C Fraktion



20

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fulda - Stadtfraktion

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

Frank Schüssler  
(stellv. Fraktionsvorsitzender)

[frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de](mailto:frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

27.01.2022

## Lärm-Messungen / Lärm-Blitzer gegen Autoposer in Kooperation mit der Hochschule Fulda

### Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt, den Magistrat damit zu beauftragen,

- in den Nachtstunden der Sommermonate von 22:00 – 06:00 Lärmmessungen an Hauptverkehrsstraßen durchführen zu lassen.
- Kontakt mit der Hochschule Fulda aufzunehmen, um festzustellen, inwieweit diese in ein gemeinsames Modelprojekt zum Thema „Lärmmessungen gegen Autoposer“ einbezogen werden kann.
- die vorgenannten Lärmmessungen der Ordnungsbehörden von Studenten der Hochschule Fulda wissenschaftlich begleiten zu lassen.

Daran anknüpfend sollen

- die hieraus gewonnenen Erkenntnisse an der Hochschule Fulda in ein neues Pilotprojekt überführt werden, mit dem Ziel der Entwicklung eines eigenen Messsystems „Made in Fulda“.
- durch den Magistrat in Zusammenarbeit mit der Hochschule Fulda mögliche finanzielle Fördermöglichkeiten durch Landes-, Bundes- oder EU-Mittel ausgelotet werden.

### Begründung:

Bürger berichten unserer Fraktion von nächtlichen Störungen durch sogenannte „Autoposer“, die in niedrigen Gängen mit hohen Drehzahlen nachts durch Fulda von Ampel zu Ampel sprinten.

Wenn dabei die zulässige Geschwindigkeit nicht überschritten wird, helfen herkömmliche Blitzanlagen dem Problem nicht ab. Um der Problematik der Autoposer abzuweichen, gibt es in Frankreich zum Beispiel bereits einen Feldversuch mit Blitzeranlagen, die nach Geräuschpegel auslösen. Auch im niederländischen Amsterdam hat die Stadt diesbezüglich erst kürzlich mit einem eigenen Feldversuch begonnen.

Solange in Deutschland noch eine gesetzliche Ermächtigungsgrundlage fehlt, können in der Zwischenzeit bereits die ohnehin notwendigen wissenschaftlichen Vorarbeiten durchgeführt werden.

Gerade der Standort Fulda könnte sich - mit seiner Hochschule und den dortigen, sehr kompetenten Fachbereichen Elektrotechnik und Informationstechnik - als deutschlandweites Leuchtturmprojekt etablieren, bei dem Wissenschaft und Stadtpolitik Hand in Hand zum Wohle der Bürger arbeiten.

Zudem wäre - die erfolgreiche Entwicklung eines Lärmblitzers vorausgesetzt - anschließend auch ein als Hochschul-Spin-Off eigenständig am Markt agierendes Unternehmen als weiteres positives Aushängeschild für den Innovations- und Wissenschaftsstandort Fulda denkbar.

Soweit geeignete Fördermöglichkeiten durch Landes-, Bundes- oder EU-Mittel bestehen, würde zudem der finanzielle Eigenaufwand den Fuldaer Haushalt nicht wesentlich tangieren.

Mit freundlichen Grüßen



**Frank Schüssler**

- stellv. Fraktionsvorsitzender -



**Pierre Lamely**

- Fraktionsvorsitzender -

# Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion zur unmittelbaren Beschlussfassung nach §13 I GO



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 28. Feb. 2022

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Magistrat der Stadt Fulda  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

21

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

27.02.2022

## **Einführung einer Bürgersprechstunde unmittelbar vor jeder Stadtverordnetenversammlung**

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt zur SVV am 28.03.2022 unmittelbar wie folgt zu beschließen:

### **Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda**

- in der Erwägung einer verbesserten Bürgerbeteiligung;
- 1. führt eine Bürgerfragestunde ein;
- 2. diese soll 30 Minuten vor den regulären Stadtverordnetenversammlungen stattfinden und Bürgern die Möglichkeit eröffnen, Fragen an den Magistrat und/oder an Stadtverordnete zu richten;
- 3. erstmals soll diese zur 3. jährlichen SVV-Sitzung am 23.05.22 eingeführt werden;

### **Begründung:**

Zur letzten Sitzung am 31.01.22 lud unsere Fraktion erstmals dazu ein, die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vor Ort zu verfolgen. Leider wurde dies durch eine bisher ungekannte Polizeipräsenz rund um den Versammlungsort deutlich erschwert und viele Bürger fühlten sich abgeschreckt. Eine erhebliche Anzahl interessierter Bürger wurde zudem bereits im Eingangsbereich zur SVV von Polizei und Sicherheitsdienst abgewiesen.

Aus vielen Zuschriften im Anschluss an diese Sitzung lesen wir, dass es erfreulicherweise großes Interesse seitens der Bürger an der Arbeit der SVV gibt. Wir gehen davon aus, dass nicht jede Sitzung im Umfeld eines sog. „Ausnahmestandes“

abgehalten werden muss und wollen daher dieses Bürgerinteresse weiter aufrechterhalten und fördern.

Neben ausreichend Publikumsplätzen sehen wir die direkte Einbindung der Bürger durch eine Bürgerfragestunde als erfolgversprechendes Mittel der Bürgerbeteiligung an.

Ein Zeitrahmen von 30 Minuten erscheint uns hier sinnvoll.

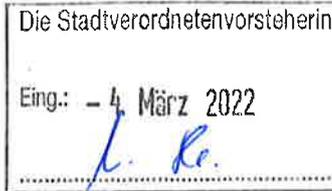
Über ein Saalmikrofon im Zuschauerbereich könnten Bürger Fragen an den Magistrat und/oder an einzelne Stadtverordnete richten, die dann direkt beantwortet werden.

— Mit freundlichen Grüßen

  
**Pierre Lamely**  
- Fraktionsvorsitzender -

  
**Frank Schüssler**  
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

# Antrag der „AfD / Bündnis-C“ Stadtfraktion



AfD/Bündnis-C · Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fulda - Stadtfraktion

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)



Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

04.03.2022

## Einrichtung eines Akteneinsichtsausschuss zu Verträgen der Stadt Fulda mit dem Verein „Fulda stellt sich quer e.V.“

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

**Die Fuldaer Stadtverordnetenversammlung beschließt,**

**die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschuss gemäß § 50 Absatz 2 HGO.**

**Gegenstand des Ausschusses sind:**

**vertragliche Beziehungen der Stadt Fulda mit dem Verein „Fulda stellt sich quer e.V.“, insbesondere hinsichtlich der „Mikroprojekte“ aus dem sog. „Aktionsfonds der Partnerschaft für Demokratie“ (siehe Anlage, dort Ziffer 2.) sowie weiterer Projekte, welche die Stadt mit dem Verein unterhalten hat und/oder noch unterhält, insbesondere der Kampagne „Fulda gegen Rassismus“.**

### Begründung:

Der Verein „Fulda stellt sich quer e.V.“ stellt sich zunehmend als politisches Vorfeld der SPD dar, was sich besonders dadurch verdeutlicht, dass Verein sowie Fuldaer SPD mittlerweile den gleichen Vorsitzenden in Person „Andreas Görke“ haben.

Im Bundestagswahlkampf wurde diese Verquickung des Vereins besonders deutlich, der seinen Zwecks laut Ziffer 4.) seiner Satzung<sup>1</sup> „...parteilich, konfessionell und weltanschaulich unabhängig“ darstellt. So schien der Verein aufgrund einer Gegenaktion rund um den Stand der AfD kurz vor der Bundestagswahl nicht nur gezwungen eine Unterlassungserklärung gegenüber der AfD abgeben, der Verein gab in einem Facebookbeitrag vom 26.09.21<sup>2</sup> klar zu erkennen, dass Teile seiner Mitgliederschaft für die Bundestagswahl kandidieren und er sich deren Erfolg wünsche, siehe Screenshot.

<sup>1</sup> [https://fulda-stellt-sich-quer.org/wp-content/uploads/2021/02/Fulda-stellt-sich-quer-eV-verabschiedet-am-13\\_08\\_2020.pdf](https://fulda-stellt-sich-quer.org/wp-content/uploads/2021/02/Fulda-stellt-sich-quer-eV-verabschiedet-am-13_08_2020.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.facebook.com/VereinFuldastelltsichquer/posts/4376496335720232>



Screenshot, Facebookbeitrag FSSQ

Es ist daher dringend zu prüfen, ob der Verein hier die notwendige Distanz zwischen öffentlichem Interesse, wie es die Stadt Fulda durch die in der Antwort auf die kleine Anfrage unserer Fraktion genannten Projekte verfolgen möchte, und parteipolitischen Interesse wahrt.

Insbesondere muss geprüft werden, dass keine staatlichen Fördermittel über den Umweg des Vereins zu einer Förderung von einzelnen Parteien missbraucht wurde.

Mit freundlichen Grüßen

  
Pierre Lamely

- Fraktionsvorsitzender -

# Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

23

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Magistrat der Stadt Fulda  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda



Frank Schüssler (Stellv. Fraktionsvorsitzender)

[frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de](mailto:frank.schuessler.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name  
Artur Gilbert

Datum  
09.03.2022

## Fuldaer Förderung für flächendeckenden Einsatz von Kryptowährungen

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,**

**ein Konzept zur Förderung und Einsatz von Kryptowährungen zu erarbeiten - zur Verwendung spätestens im Rahmen der Landesgartenschau 2023.**

### Begründung:

Kryptowährungen ermöglichen digitalen Zahlungsverkehr ohne Zentralinstanzen wie etwa Banken. Ihre Nutzung gestaltet sich transparent und gleichzeitig anonym. Außerdem ermöglichen Sie über sog. „Smart Contracts“ ganz neue, sich selbst ausführende Rechtsgeschäfte und bieten auf diesem Wege eine höhere Vertragssicherheit gegenüber traditionellem Vertragsrecht.

Ein entsprechendes Konzept zum lokalen Einsatz von Kryptowährungen bietet mehrere Vorteile:

- **Positiver Imagetransfer** hin zu einem hochmodernen Fulda, der überregional ausstrahlen könnte, wenn z.B. bei einem Fuldaer Weihnachtsmarkt oder zur Landesgartenschau Standbetreiber, aber auch die Stadtverwaltung selbst, Kryptowährungen als Zahlungsmittel akzeptieren würde.
- **Neues Forschungs- und Themenschwerpunktfeld**, das zusammen mit der Hochschule und/oder IT-Firmen der Region zu einer Art „Krypto-Campus“ ausgebaut werden könnte, die an „Blockchain“-Technologie und „Smart Contracts“ arbeiten und forschen woraus sich eine
- **Vorreiterrolle für Fulda** in Theorie und Praxiseinsatz von Kryptowährungen ergeben könnte.

Für die Stadtverwaltung, die online bereits diverse Zahlungsdienstleister wie Giropay und PayPal einbindet, wäre die Einbindung von Kryptowährungen nur ein zusätzliches Zahlungsmodul, das zu implementieren wäre. Ähnlich verhält es sich bei Händlern in der

Innenstadt, die ihre Akzeptanz von Scheck- und Kreditkarten um ein entsprechendes Angebot nur ergänzen müssten.

Ein Seminarangebot, z.B. in Kombination mit dem Citymarketing könnte den Umgang sowie die Vorteile des Einsatzes von Kryptowährungen an Gewerbetreibende vermitteln.

Banken und Sparkassen könnten vor Ort entsprechende Wallets für die Fuldaer Bürger einrichten und so die Umwechelung von Euros zu Kryptowährungen vertrauensvoll vor Ort ausführen.

Im Gegenzug winkt ein zusätzlicher Kaufanreiz. Es ist annehmbar, dass auch zusätzliche Touristen die Barockstadt besuchen, nur um die Erfahrung mit Kryptowährungen im täglichen Einsatz zu erleben.

Ohne zusätzliche Kosten erziele sich so ein positiver Imagetransfer, der über Fulda hinaus wahrnehmbar werden könnte.

In Kooperation mit der RhönEnergie könnten Nodes eingerichtet werden, die sich am Zahlungsverkehr mittels der angebotenen Kryptowährungen beteiligen und so nicht nur Einnahmen generiert werden. Denn der Strom für solche Systeme könnte sich nicht nur durch Wind und Solarstrom speisen, sondern da entsprechende IT-Systeme auch modular ihre Last regeln können, entstünde für den Energiemarkt hoch profitable „Abschaltkapazität“.

Der flächendeckende Einsatz von Kryptowährungen benötigt daher kaum Investition, bietet aber im Gegenzug eine Reihe von umfangreichen Vorteilen.

Mit freundlichen Grüßen



**Frank Schüssler**  
- Stellv. Fraktionsvorsitzender -



**Artur Gilbert**  
- Mitglied im DWA Ausschuss -



An Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss

36037 Fulda



Fulda, 10.03.2022

Gemeinsamer Antrag von CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und CWE  
betreffend **Prüfung eines kommunalen Wärmeplans**

## ANTRAG

CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und CWE beantragen gemeinsam, der Magistrat möge prüfen, ob und inwieweit ein kommunaler Wärmeplan für Fulda denkbar und sinnvoll sein kann.

Dieser könnte strategische Grundlage für konkrete Entwicklungswege zu einer klimaneutralen und volkswirtschaftlich günstigen Wärmeversorgung sein, die die individuelle Situation in Fulda bestmöglich berücksichtigt.

Der Magistrat prüft zudem, ob der Einsatz von Fachpersonal zur Erstellung des Wärmeplans Fördergegenstand von Förderprogrammen sein kann.

### Begründung:

Der kommunale Wärmeplan trägt den im Koalitionsvertrag vereinbarten erhöhten Anstrengungen für Klimaschutz Rechnung.

Wärmeplanung bietet nicht nur vielfältige Chancen für mehr Klimaschutz, sondern auch für mehr Lebensqualität und regionale Wertschöpfung.

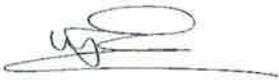
Die dezentrale Wärmeerzeugung hat einen viel geringeren Anteil erneuerbarer Energien als der Stromsektor und unterliegt auch nicht dem etablierten EU-ETS. Es ist also davon auszugehen, dass ein im Wärmesektor investierter Euro einen größeren Effekt hat als im Stromsektor. Zusätzlich ist es wahrscheinlich, dass sich perspektivisch die Wärmeerzeugung aus fossilen Brennstoffen signifikant verteuern wird. Ein rechtzeitiges Umsteuern ist daher wirtschaftlicher.

Gleichzeitig sind Gemeinden in ihrer Vorbildfunktion im Wärmebereich viel mehr gefragt als im Strombereich. Aufgrund der dezentralen Struktur bietet das Aufzeigen von

Handlungsoptionen, die die regionalen Gegebenheiten einbeziehen, eine willkommene Informationsleistung der Kommune.

Als Erweiterung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt und im Anschluss an die guten Erfahrungen mit der Nutzung von Abwärme im Rechenzentrum der Stadt umfasst der Wärmeplan vier Schritte:

1. Bestand und Einsparpotenziale des Energiebedarfs: Im ersten Schritt werden der aktuelle und zukünftige Wärmebedarf sowie die vorhandene Wärmeversorgungsinfrastruktur im gesamten Gemeindegebiet festgehalten.
2. Erneuerbare Energien und Abwärmepotenziale: Im Anschluss erfolgt die Ermittlung lokal vorhandener technischer Potenziale aller EE (Biomasse, Geothermie, Solarthermie, Umweltwärme) und Abwärme (alle Quellen von industrieller Abwärme bis zur Abwärme aus dem kommunalen Abwasser).
3. Entwicklung von Untersuchungsgebieten: Dabei wird die Ausnutzung von 100% der Potenziale von EE und Abwärme und die Dekarbonisierung bestehender Anlagen der zentralen und dezentralen Wärmeversorgung und -verteilung angestrebt.
4. Lokale Wärmewendestrategie: Zum Schluss erfolgt die Entwicklung eines robusten Transformationsszenarios aus den möglichen Maßnahmen, um eine effiziente und dekarbonisierte Wärmeversorgung im Gemeindegebiet zu etablieren.



Patricia Fehrmann  
Fraktionsvorsitzende CDU



Michael Grosch  
Fraktionsvorsitzender FDP



Martin Jahn  
CWE



Elke Diegelmann  
CWE

# Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 15. März 2022

*L. Ke.*

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Magistrat der Stadt Fulda  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

25

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name  
Artur Gilbert

Datum  
14.03.2022

## Bessere Sichtbarkeit für Parkflächen für Menschen mit Behinderungen

Die „AfD/Bündnis-C“-Fraktion beantragt wie folgt zu beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,**

**es wird geprüft, inwiefern eine farbige Markierung von Parkplätzen für Menschen mit Handicap Parkverstöße reduzieren und die Auffindbarkeit solcher Parkflächen verbessern kann.**

### Begründung:

In Frankreich sind Parkflächen für Menschen mit Handicap blau eingefärbt.

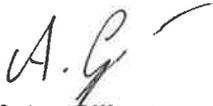


Dies erhöht die Sichtbarkeit, erlaubt eine bessere Auffindbarkeit und schreckt vor Missbrauch der Parkflächen durch Falschparker ab. Eine entsprechende Prüfung und ggf. daran

anschließende Umsetzung einer solchen Verfahrensweise in Fulda wird mit dem Antrag angeregt.

Mit freundlichen Grüßen

  
**Pierre Lamely**  
- Fraktionsvorsitzender -

  
**Artur Gilbert**  
- Mitglied im DWA Ausschuss -

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands/ Volt

Stadtverordnetenfraktion Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 15. März 2022

SPD/Volt – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstraße 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloß  
36010 F U L D A

Schloßstraße 5  
36037 Fulda  
Tel.: 0661/73600  
Fax 0661/9016314  
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de  
14.03.2022

## ANTRAG

26

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

Bauflächen für Kleinsthäuser (Tiny Houses) auszuweisen.

### Begründung:

Der Wohnraumbedarf der Zukunft wird ein anderer sein. Diesem Wandel muss die Stadtplanung folgen und zeitgerechte Angebote schaffen. Tiny Houses werden zunehmend nachgefragt, darauf muss seitens der Stadtplanung reagiert werden.

  
Jonathan Wulff  
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:  
Hans-Joachim Tritschler

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands/ Volt

Stadtverordnetenfraktion Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 15. März 2022

SPD/Volt – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schloßstraße 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloß  
36010 F U L D A

Schloßstraße 5  
36037 Fulda  
Tel.: 0661/73600  
Fax 0661/9016314  
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de  
14.03.2022

## ANTRAG

27

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt,

Flächen für Solarfelder auszuweisen.

### Begründung:

Nicht zuletzt der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass eine weitgehend autarke Energieversorgung notwendig ist. Damit dieses Ziel schnellstmöglich erreicht wird, müssen auf allen Ebenen die Voraussetzungen geschaffen werden, um das Erreichen der Klimaziele zu ermöglichen. Damit auch die Stadt Fulda ihren Beitrag leistet, sollen mögliche Flächen für Solarfelder ausgewiesen werden.

  
Jonathan Wulff  
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:  
Hans-Joachim Tritschler

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands/ Volt

Stadtverordnetenfraktion Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 15. März 2022


SPD/Volt – Stadtverordnetenfraktion Fulda · Schlosstrasse 5 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
36010 F U L D A

Schlosstraße 5  
36037 Fulda  
Tel.: 0661/73600  
Fax 0661/9016314  
Mail: spd-fraktion.fulda@t-online.de  
14.03.2022

## ANTRAG

28

Die SPD/Volt-Fraktion beantragt:

1. Der Magistrat nimmt unverzüglich aktiv Kontakt mit den Wohnungseigentümern auf, deren Wohnungen in den Jahren 2022-2025 aus der Mietpreisbindung fallen. Hierbei soll erörtern werden, wie diese Wohnungen in der Mietpreisbindung gehalten werden können. Entsprechende Angebote des Ankaufs von Belegungsrechten durch die Stadt Fulda sind ggf. zu unterbreiten.
2. Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung spätestens im September, ob der Ankauf der Belegungsrechte möglich war. Falls nicht, sind Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Mieterinnen und Mieter der Wohnungen vor weiteren Mietpreissteigerungen geschützt werden können. Der Ankauf der Häuser durch die Stadt Fulda ist dabei nicht auszuschließen.

### Begründung:

Fallen Wohnungen aus der Mietpreisbindung kann dies zu erheblichen Mietsteigerungen führen. Nach der Information von Herrn Stadtbaurat Schreiner fallen allein im Jahr 2022 voraussichtlich 70 Wohneinheiten aus der Mietpreisbindung.

  
Jonathan Wulff  
Fraktionsvorsitzender

Berichterstatter:  
Robert Vey

## Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

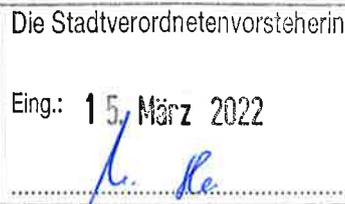
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

info@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 15.03.2022



### **Antrag: Anbindung des geplanten, neuen Gewerbegebietes Dietershan an das Güterverkehrsnetz der Bahn**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den Antrag, bei der Planung des neuen Gewerbegebietes Dietershan die Anbindung an das Schienennetz durch ein Industriegleis mit einzuplanen.

### **Begründung**

Die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene sollte in Zeiten des Klimawandels und der Überlastung des Straßennetzes besonders durch den Schwerlastverkehr eine Selbstverständlichkeit sein. Ganz besonders gilt dies für die Ansiedlung von Logistikbetrieben – hier ist die Anbindung an die Bahn von entscheidender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit des Güterverkehrs.

Beim Industriegebiet West wurde vor einigen Jahren die geplante Schienenanbindung leider nicht verwirklicht bzw. rückgängig gemacht – was sich heute bitter rächt und ein großer Standortnachteil ist.

Ernst Sporer

A handwritten signature in black ink, appearing to be "S. Brünnel".

i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen  
der Stadtfraktion Fulda

## Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

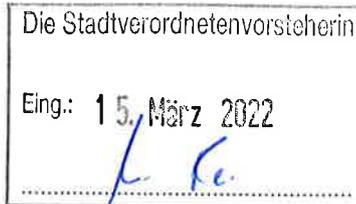
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

info@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 15.03.2022



### Antrag: Auffrischungskur für die Abfallbehälter

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

durch die beiden Pandemie-Jahre hat sich das Müllaufkommen stark vergrößert. Müllentsorgung ist nicht sexy, manchem ist die Suche nach einem Mülleimer zu mühsam, achtlos Wegwerfen ist schnell passiert.

Hamburg und Berlin haben vorgemacht, wie man Müllmuffeln mit Humor auf die Sprünge helfen kann (siehe Fotos). Beide Konzepte bestehen mit Coolness, Humor und einer guten Portion Frechheit – und sind deshalb extrem aktivierend.

Der Unterschied zu den für Fulda entwickelten stark appellativen und belehrenden Müll-Plakaten (2021) fällt sofort ins Auge.



Hamburg



Berlin



Fulda

### Begründung

Die Fuldaer Müllbehälter sind alles andere als ein Hingucker, eine Auffrischungskur täte ihnen gut. Wir wissen das alle: Mit einem Lächeln oder Grinsen im Gesicht fällt es leichter, Regeln einzuhalten. Nicht nur die Fuldaer/innen, sondern auch alle Besucher/innen der Stadt freuen sich über ein sauberes Erscheinungsbild der Stadt.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt daher, in der Fuldaer Innenstadt diesem Beispiel zu folgen und

Bürger/innen zu befragen, wo – zusätzlich zu den jetzigen Standorten von Mülltonnen und Papierkörben – aus deren Sicht optimale Standorte sind,  
mit einer hiesigen Agentur ein vergleichbares Konzept wie Hamburg und Berlin für die Müllbehälter zu entwickeln,  
und weil wir selbstbewusste Fuldaer/innen sind, sollen die Sprüche bei uns natürlich auf fuldisch sein!

Zur weiteren Einbindung der Fuldaer/innen kann man zusätzlich einen Sprüche-Wettbewerb ausrufen, die besten 10 Sprüche kommen dann ebenfalls auf die Tonne.

Zu überlegen ist auch, ob die Müllbehälter nicht gleich mit Pfandringen versehen werden, damit Flaschensammler/innen nicht im Müll wühlen müssen.



Pfandring-Beispiel Karlsruhe

Jutta Hamberger

Handwritten signature of Silvia Brünnel.

i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen  
der Stadtfraktion Fulda

## Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

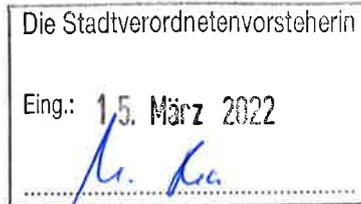
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

info@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 15.03.2022



### Antrag: Fahrrad-Abstellplätze an der Landgräfin-Anna-Schule

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass an der Landgräfin-Anna-Schule fest installierte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder nach DIN 79008 und der technischen Richtlinie TR6102-091 in unmittelbarer Nähe des Schulgebäudes bzw. auf dem Schulhof geschaffen werden.

### Begründung

Tag für Tag wiederholt sich die Szene an der Bronnzeller Straße: Kinderfahrräder stehen entlang der vielbefahrenen Durchfahrtsstraße, werden „wild geparkt“ an Schildern, Bushaltestellen, Laternen (s. Foto im Anhang / Bronnzeller Straße im Juni 2021).

Im Kontakt zum Lehrpersonal der Grundschule hat sich ergeben, dass eine Abstellmöglichkeit für Fahrräder für dringend nötig gehalten wird. Die Schule ist mit dem Problem der Schüler\*innen, eine (un-)geeignete Abstellmöglichkeit zu finden, nur zu vertraut.

Marie-Louise Puls



i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen  
der Stadtfraktion Fulda

## Stadtfraktion Bündnis90/Die Grünen

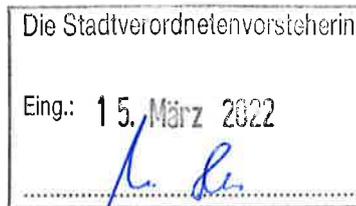
Rabanusstraße 35, 36037 Fulda

info@gruene-fulda.de

0661 74924

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Schlossstraße 1

36037 Fulda



Fulda, 15.03.2022



### Antrag: Grüner Pfeil für den Radverkehr

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt an ausgewählten Kreuzungen und Straßeneinmündungen in Fulda die Einführung des „Grünpfeilschilds mit Beschränkung auf den Radverkehr“ (Zeichen 721).

### Begründung

2019 untersuchte die Bundesanstalt für das Straßenwesen (BaST) im Auftrag des Ministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) die Frage, ob das Rechtsabbiegen an einer roten Ampel für Fahrradfahrer\*innen freigegeben werden könne. Bei dem in 9 Städten laufenden Pilotversuch standen insbesondere die Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit im Mittelpunkt. Das positive Ergebnis dieser Studie führte im April 2020 zur Aufnahme dieser Regelung in die Novelle zur StVO (§37 Absatz 2 Nummer 1).

Im Straßenverkehr wird diese Verkehrsregelung durch des "Grünpfeilschild mit Beschränkung auf den Radverkehr", kurz "Grünpfeilschild", (Zeichen 721) kenntlich gemacht.

Wir schlagen vor, das Grünpfeilschild an ausgewählten Kreuzungen bzw. Straßeneinmündungen in Fulda einzuführen. Mögliche Kreuzungsbereiche sind:

- Leipziger Straße / Kurfürstenstraße (stadteinwärts) / Buttlarstraße
- Leipziger Straße / Moltkestraße
- Heinrichstraße / Heinrich-von-Bibra-Platz
- Petersberger Straße / Am Kleegarten
- Dahlbergstraße / Brauhausstraße
- Von-Schildeckstraße / Rangstraße
- Von-Schildeckstraße / Löhrstraße
- Frankfurter Straße / Karl-Storch-Straße / Mainstraße



Grünpfeilschilds mit Beschränkung auf den Radverkehr

In Zeiten steigender Energiepreise muss uns daran gelegen sein, das Fahrradfahren noch attraktiver zu machen. Ein Faktor dafür ist es, sein Ziel mit dem Rad möglichst sicher und schnell zu erreichen. Das Grünpfeilschild trägt überall dort, wo auf vermeidbare Wartezeiten verzichtet werden kann, ohne die Verkehrssicherheit zu gefährden, dazu bei.

Dr. med. Ralf Schneider

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'S. Brünnel', written in a cursive style.

i.V. Silvia Brünnel  
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen  
der Stadtfraktion Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
36037 Fulda



Fulda, den 21.02.2022

33

### Antrag auf Rederecht in den Sitzungen

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

der Ausländerbeirat der Stadt Fulda beantragt, dass der Vertreter/die Vertreterin des Ausländerbeirats in der Stadtverordnetenversammlung Rederecht erhält. Es kann auch beschlossen werden, dem Vertreter des Ausländerbeirats ein Rederecht in den Tagesordnungspunkten zu gewähren, welche die ausländischen Einwohner betreffen. Hierbei soll der Vertreter des Ausländerbeirats mündlich angehört werden und die Möglichkeit erhalten, sich an den Diskussionen beteiligen zu dürfen. Im Sinne der politischen Partizipation muss einem Vertreter des Ausländerbeirates die Gelegenheit gegeben werden, die Stellungnahme des Ausländerbeirats vorzutragen.

#### **Bisher:**

Dem Ausländerbeirat ist es in der SVV lediglich gestattet, schriftliche Anträge einzureichen. Nach Einreichung der schriftlichen Anträge ist es dem AB während der Sitzung nicht möglich, sich weiter zum Antrag, den Gründen und Zusammenhängen zu äußern oder anderweitig mündlich an der Debatte zu partizipieren. Daher erfolgt heute der Antrag auf Rederecht in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung.

#### **Begründung:**

1. Einige Anträge wurden in der SVV behandelt, während der Ausländerbeirat selbst anwesend war. Die Möglichkeit sich zu den Anträgen zu äußern, bestand allerdings nicht. In der Vergangenheit kam es des Öfteren dazu, dass Anträge abgelehnt wurden, ohne dass der Ausländerbeirat sich weiter zum Antrag äußern konnte oder Erklärungen und Argumente einbringen durfte, die die Abgeordneten überzeugen könnten.

2. In der Debatte der SVV kann die Sinnhaftigkeit und der Zweck des Antrags besser erklärt und nachvollziehbar dargestellt werden. Im Diskurs kann den Mitgliedern die Begründung des Antrags nähergebracht werden. Außerdem ist die Aufklärung seitens des Ausländerbeirats ein wichtiger Punkt im Integrationsgeschehen, da der Ausländerbeirat als Bindeglied der einheimischen und ausländischen Gesellschaft agiert.

3. Dem Ausländerbeirat soll Rederecht während der SVV gewährt werden, da Integration sowohl gesellschaftliche, als auch politische Teilhabe benötigt. Ein Grundpfeiler unseres demokratischen Gesellschaftssystems ist die politische Partizipation. In der Demokratie soll durch die Gleichberechtigung und den Einbezug von Minderheiten eine gesellschaftliche Ausgrenzung verhindert werden. Da der Ausländerbeirat stellvertretend für die ausländischen Bürger spricht, ist es daher legitim, den Ausländerbeirat mit einzubeziehen, während über deren Belange und Anliegen diskutiert wird. Die Teilhabe im politischen Leben soll daher aktiv von den Abgeordneten unterstützt und gefördert werden.

4. Der Ausländerbeirat verfügt bereits über ein Antragsrecht, welches ein Rederecht voraussetzt. Die Anträge müssen vom Ausländerbeirat eingebracht und diskutiert werden können. Und auch generell kann eine politische Partizipation nur durch mitdiskutieren in Parlamenten und deren Ausschüssen realisiert werden.

Der Ausländerbeirat bittet die Stadtverordnetenvorsteherin den Antrag bzw. Vorschlag an die Fraktionen weiterzuleiten und in der Stadtverordnetenversammlung zu behandeln, damit die Verantwortlichen sich mit dem Thema befassen und aktiv werden. Die Gesetzesänderung der HGO vom 07.05.2020 bezüglich der Ausländerbeiräte in Hessen durch die hessische Regierung besagt:

§ 88 HGO – Aufgaben, Befugnisse lautet aktuell:

*(1) <sup>1</sup>Der Ausländerbeirat vertritt die Interessen der ausländischen Einwohner der Gemeinde. <sup>2</sup>Er berät die Organe der Gemeinde in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen.*

*(2) <sup>1</sup>Der Gemeindevorstand hat den Ausländerbeirat rechtzeitig über alle Angelegenheiten zu unterrichten, deren Kenntnis zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlich ist. <sup>2</sup>Der Ausländerbeirat hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen. <sup>3</sup>Der Ausländerbeirat ist in allen wichtigen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen, zu hören. <sup>4</sup>Gemeindevertretung und Gemeindevorstand können, Ausschüsse der Gemeindevertretung müssen in ihren Sitzungen den Ausländerbeirat zu den Tagesordnungspunkten hören, die Interessen der ausländischen Einwohner berühren. <sup>4</sup>In allen wichtigen Angelegenheiten, die ausländische Einwohner betreffen, kann der Ausländerbeirat Anträge an die Gemeindevertretung richten; § 58 Abs. 5 Satz 3 gilt entsprechend.*

*(3) Dem Ausländerbeirat sind die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.*

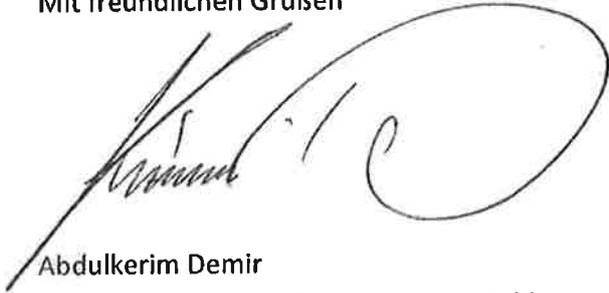
In der Begründung zum Gesetzentwurf (vgl. <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/01644.pdf>) steht zu § 88 HGO:

Zu Art. 1 Nr. 22 (§ 88 HGO)

Um die Bedeutung des Ausländerbeirats zu unterstreichen, soll ihm in für die ausländische Einwohnerschaft wichtigen Angelegenheiten ein Antragsrecht zu den Sitzungen der Gemeindevertretung eingeräumt werden. Schon nach der gegenwärtigen Rechtslage wird das Antragsrecht in der Gemeindevertretung nicht nur den Mandatsträgern, sondern auch bestimmten Externen eingeräumt (vgl. § 58 Abs. 5 Satz 2 HGO i.V.m. § 56 Abs. 1 Satz 2 HGO). Der Antrag muss zu einem bestimmten, in der Geschäftsordnung festzulegenden Zeitpunkt vor der Sitzung bei dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung eingehen (Verweisung auf § 58 Abs. 5 Satz 3 HGO).

Somit können Sie feststellen, dass wir in solchen Fällen antragsberechtigt sind.

Mit freundlichen Grüßen



Abdulkirim Demir  
Vorsitzender des Ausländerbeirates Fulda